

Religionen verbinden
die Menschen in Toleranz
und bei der Wahrung
der Menschenrechte

Wo bleibt der Aufstand der Anständigen?

Björn Thümler

Deutschland macht derzeit durch viele Proteste auf sich aufmerksam. Die Menschen hinterfragen ihr Verhältnis zur repräsentativen Demokratie und teilen dies lautstark auf Straßen mit. Aber wie verhält es sich, wenn wir auf die Belange schauen, die uns nur unmittelbar betreffen, beispielsweise auf die in Ägypten an koptischen Christen verübten Anschläge oder noch viel konkreter die Bedrohungen, die jüngst in Deutschland gegenüber den hier lebenden koptischen Gemeinschaften ausgesprochen wurden? Wo bleibt hier der Protest aus dem Volk? Wo bleibt die Solidarität, die sich aus der christlichen Vorstellung der Verantwortung und Nächstenliebe speisen sollte?

In einem Kommentar der Zeitung *Die Welt* schreibt Matthias Kamann, dass die deutsche Politik wie auch die Öffentlichkeit in der Pflicht stünden, „ihre Vorstellungen von Menschenrechten und Entwicklungszusammenarbeit zu klären. Es muss endlich jeder einsehen, dass es sich bei der Missachtung der Religionsfreiheit und der Verfolgung von Christen zumal in islamischen Staaten um fundamentale Menschenrechtsverstöße handelt, die genauso gravierend sind wie etwa die Unterdrückung aufgrund des Geschlechtes oder der ethnischen Zugehörigkeit.“

Eine Politik, die sich christlich-demokratischen Traditionen verpflichtet fühlt, muss mit Erstaunen auf die öffentliche Wahrnehmung reagieren. Ein Vorbild im Umgang mit dieser Herausforderung können für uns Kirchenvertreter sein; ihre Anteilnahme fand nicht nur in den

Zeitungen Erwähnung, sie sind vielmehr auch aktiv, und einige von ihnen haben die Gottesdienste der Kopten an deren Weihnachtsfest, beispielsweise in Lehrte, mitgefeiert.

Die Politik hat ebenfalls schnell gehandelt. So lud beispielsweise der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister (CDU) den obersten Repräsentanten der koptischen Kirche in Deutschland, Bischof Anba Damian, und weitere Vertreter der koptischen Gemeinden in Niedersachsen Anfang Januar zu einem Gespräch in die Staatskanzlei ein. McAllister betont zu Recht die Religionsfreiheit im Zusammenhang mit den Menschenrechten als „ein elementares Menschenrecht, das weltweit geschützt werden muss“.

Friedensstiftende Elemente

Friedensstiftende Elemente von Religionen werden viel zu selten beleuchtet. Im Vordergrund stehen meist die in der politikwissenschaftlichen Diskussion durch den Arbeitskreis Religion und Politik untersuchten sogenannten „unfriedlichen Religionen“, die ihr (politisches) Gewaltpotenzial in den Vordergrund stellen. Es ist in den wenigsten Fällen zielführend, von religiösen Konflikten zu sprechen. Zumeist handelt es sich hier nicht um Streitigkeiten in religiösen Belangen; weder über Inhalte noch Glaubenssätze wird gestritten. Moderne sogenannte religiöse Konflikte sind in erster Linie politische Auseinandersetzungen. Ursachen sind nicht selten knappe Res-

sources oder auch soziale Benachteiligung beziehungsweise gefühlte Ungerechtigkeiten. Somit wird die Religion in einer Vielzahl der Auseinandersetzungen lediglich instrumentalisiert und auf eine leidige Abgrenzungsfunktion reduziert.

Religionen dienen aber nicht nur der Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen, sie verbinden auch. Sie stiften Sinn und Werte, die unseren täglichen Umgang ausmachen. Trotz der Unterschiede zu anderen Glaubensgemeinschaften haben wir, um in Frieden leben zu können, keine Abgrenzung nötig. Die drei großen monotheistischen Religionen berufen sich auf einen Stammvater: Abraham. Dies ist schon ein wesentliches Element der Verbundenheit. Hinzu tritt die Idee eines liebenden Gottes, der ein Sinnbild der Toleranz sein kann.

Im Rahmen eines Seminars der Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel im Sommer 2010 haben Vertreter der drei monotheistischen Weltreligionen über das Fasten und seine Bedeutung diskutiert. Die Motive, die von den unterschiedlichen Repräsentanten genannt wurden, sind in Judentum, Christentum und Islam gleichermaßen zu finden und bilden einen Anhaltspunkt für die großen Verständigungspotenziale, die genutzt werden können. Zusammengefasst nahmen die Religionsvertreter soziale Verantwortung, Solidarität und Vergebung als zentrale Aussagen in ihre Ausführungen auf. Diese sollten auch heute noch im Mittelpunkt jeglicher Überlegungen zu diesem Thema stehen.

Als Erweiterung der oben genannten Punkte kann uns die (nicht nur) christliche Vorstellung der Nächstenliebe und Versöhnung ebenso wie die Verantwortung für das eigene und das Handeln der anderen eine Handlungsanweisung geben.

Im Prinzip lehrt zunächst jede Religion für sich, was mit der Festschreibung der Menschenrechte intendiert wurde: Stabilität, Wohlfahrt und friedliche sowie

freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen. Nach Émile Durkheim leistet eine Religionsgemeinschaft einen wesentlichen Anteil zur Vergesellschaftung und damit Stabilität und Erwartungssicherheit, die in der Konsequenz zu Spezialisierung und Arbeitsteilung und damit Wohlstand führen können. Ein soziales System ist notwendig, um das Miteinander zu koordinieren. In dieser Weise können Religionen dazu beitragen, versöhnend zu wirken.

Die Menschenrechte, so wie sie beispielsweise im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgehalten oder noch konkreter im Hinblick auf die Religion in der Charta der Vereinten Nationen, Artikel 55, zu finden sind, sichern „[...] die allgemeine Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion“.

Solidarität versus Angst

Angst vor dem Fremden und Unterdrückung zum Zwecke des Ausbaus des eigenen Einflusses spielen im Falle der Instrumentalisierung oder noch deutlicher des Missbrauchs von Religionen eine große Rolle. Diese Angst nährt sich auch durch die Unwissenheit und schafft somit „Feindbilder“, die wiederum zur Abgrenzung herangezogen werden. Aufklärung und Anteilnahme in Bezug auf andere Religionsgemeinschaften sind hier dringend notwendig. Wir müssen auch die anderen kennen, um sie zu verstehen. Damit können wir auch ihre Ängste und Nöte kennenlernen und bewirken, dass ein Teil der Unsicherheiten beseitigt werden kann.

Das Bekenntnis muslimischer Organisationen in den Niederlanden ist ein Beweis dafür, wie sich Religionsgemeinschaften annähern können. Sie wollen die koptischen Christen in den Niederlanden und ihre Kirchen bewachen und diese somit vor islamistischen Anschlägen

schützen. Diese Tatsache besitzt nicht nur einen hohen symbolischen Gehalt, weil radikal islamistische Gruppierungen sich ebenfalls auf den Koran berufen, sondern weil Vertreter des muslimischen Glaubens öffentlich das geschehene Unrecht anprangern. Die Muslimverbände riefen dazu folgerichtig auf, die Drohungen gegenüber den Christen zu verurteilen: „Vor allem wir müssen das tun, denn El Kaida behauptet, im Namen des Islam zu handeln.“

Menschenrechte und Demokratie verbinden

Wir kennen die emotionale Anteilnahme Menschen anderer Glaubensgemeinschaften in Fällen von Bedrohung oder geschehenem Unrecht. Sie stehen bewusst ein und protestieren gegen dieses Unrecht. Auch wir sollten mit einer deutlicheren Stimme gegenüber den wenigen, die ihren Glauben missbrauchen, auftreten. Nicht als evangelische, katholische oder koptische Christen. Nicht als Juden oder Muslime, sondern als Vertreter friedlicher Glaubensrichtungen, für die Menschenrechte und Demokratie oberste und erstrebenswerte Güter sind, die uns erlauben, friedlich miteinander zu leben. Jede Tradition, ob die jüdisch-christliche oder die muslimische, kann hier einen entscheidenden Teil dazu beitragen. Religion sollte nicht zur Abgrenzung, sondern zur Verständigung und zur Versöhnung unterschiedlichster Vorstellungen genutzt werden.

Die Politik ist nun dazu aufgerufen, die Einhaltung des demokratischen Grund-

rechts auf Religionsfreiheit einzufordern. Es kann und darf nicht sein, dass jemand, der sich zum christlichen Glauben bekennt, verfolgt wird. Es kann und darf auch nicht sein, dass Menschen anderer Glaubensrichtungen aufgrund von Vorurteilen und Unwissenheit gegängelt werden.

Position beziehen

Die Charta der Vereinten Nationen gibt uns eine Antwort. Die demokratischen Rechtsstaaten sollten sich hier klarer positionieren, die Einhaltung der Menschenrechte einfordern und auch die geleistete Entwicklungshilfe daran überprüfen und möglicherweise verändern, sodass auch der Schutz von religiösen Minderheiten möglich wird und diese ihre Religion frei ausüben können. Bischof Anba Damian begrüßte in der *Welt* den Vorschlag des CDU/CSU-Fraktionschefs Volker Kauder (in dieser Ausgabe mit einem eigenen Beitrag Seite 25 bis 28 vertreten), die Entwicklungshilfe an den Schutz der Menschenrechte zu knüpfen, als „[A]usgezeichnet, korrekt und zielführend“. Dabei betont er weiterhin, dass die Entwicklungshilfemittel auch für eine harmonische Zusammenarbeit zwischen Christen und Muslimen eingesetzt werden sollen.

Wir alle können öffentlich dafür einstehen, dass Menschenrechte – dazu gehören auch die freie Religionsausübung und die freie Wahl der Religion – geachtet und Gewalttaten verurteilt werden. So zeigen wir nicht nur unsere Solidarität, sondern tragen zur Verständigung zwischen den Religionen bei.

**Einem Teil dieser Ausgabe liegt ein Schreiben
des Chefredakteurs und des Geschäftsführers der *Politischen Meinung* bei.**